

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz,  
Dr. Valerie Wilms, Luise Amtsberg, weiterer Abgeordneter  
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/3917 –**

**Transparenz herstellen und Verhandlungen über den Ausstieg aus dem  
Staatsvertrag über den Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung aufnehmen**

### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, auf wiederholt vorgebrachte Kritik an dem Projekt und dessen bisheriger Planung einzugehen, dabei auch in dem Antrag genannte Aspekte einzubeziehen, aktualisierten Kostenkalkulationen und Verkehrsprognosen zu Grunde liegende Daten im Internet zu veröffentlichen, auf Grundlage einer aktualisierten Datenlage eine Abwägung des mit dem Projekt verbundenen Nutzens und der Risiken vorzunehmen, anschließend einen tatsächlich ergebnisoffenen öffentlichen Dialog zu führen, Verhandlungen mit dem Königreich Dänemark aufzunehmen mit dem Ziel, aus dem Projekt auszusteigen, sofern sich keine neuen Erkenntnisse bezüglich des Nutzens der Querung und der mit ihrer Realisierung verbundenen Risiken ergeben sollten, und die norddeutschen Bundesländer zu unterstützen, ein gemeinsames norddeutsches Verkehrskonzept zu verfolgen.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 18/3917 abzulehnen.

Berlin, den 7. Mai 2015

**Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur**

**Martin Burkert**  
Vorsitzender

**Gero Storjohann**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Gero Storjohann

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/3917** in seiner 85. Sitzung am 5. Februar 2015 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, auf wiederholt vorgebrachte Kritik an dem Projekt und dessen bisheriger Planung einzugehen, dabei auch in dem Antrag genannte Aspekte einzubeziehen, aktualisierten Kostenkalkulationen und Verkehrsprognosen zu Grunde liegende Daten im Internet zu veröffentlichen, auf Grundlage einer aktualisierten Datenlage eine Abwägung des mit dem Projekt verbundenen Nutzens und der Risiken vorzunehmen, anschließend einen tatsächlich ergebnisoffenen öffentlichen Dialog zu führen, Verhandlungen mit dem Königreich Dänemark aufzunehmen mit dem Ziel, aus dem Projekt auszusteigen, sofern sich keine neuen Erkenntnisse bezüglich des Nutzens der Querung und der mit ihrer Realisierung verbundenen Risiken ergeben sollten, und die norddeutschen Bundesländer zu unterstützen, ein gemeinsames norddeutsches Verkehrskonzept zu verfolgen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 18/3917 in seiner 36. Sitzung am 18. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 18. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 18. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag auf Drucksache 18/3917 in seiner 39. Sitzung am 22. April 2015 beraten. Dabei hat er auch zwei damit im Sachzusammenhang stehende Petitionen in die Beratung einbezogen, welche ihm vom Petitionsausschuss gemäß § 109 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung zur Stellungnahme übermittelt worden waren.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies auf die im dänischen Parlament kurz bevorstehende Verabschiedung des Baugesetzes zu dem Projekt hin. Sie bekundete, sie stehe fest zu dem Projekt, von dem sie sich große wirtschaftliche Vorteile erwarte, und begrüße, dass es nun vorankommen werde. Im norddeutschen Bereich gebe es einen großen Konsens, das Projekt voranzubringen. Zudem handele es sich um ein TEN-V-Projekt und es werde von Dänemark und Schweden seit langem gefordert. Die Neutrassierung in Ostholstein, mit welcher der Schienengüterverkehrslärm an die Autobahn verlagert werde, führe auf deutscher Seite zu einer Verzögerung bei den Zulaufstrecken, die auch mit einer Kostensteigerung verbunden sei. Die Neutrassierung entspreche aber Forderungen aus der Region und erhöhe die Akzeptanz für das Projekt.

Die **Fraktion der SPD** bekannte sich zu dem Staatsvertrag mit Dänemark und bezeichnete das Projekt als völkerverbindend. Über die Kritik an den Kostensteigerungen für die deutschen Zulaufstrecken zeigte sie sich verwundert. Diese seien darauf zurückzuführen, dass man sich nach einer umfassenden Bürgerbeteiligung in der Region für eine Neutrassierung bei der Schiene entschieden habe, welche mit einem wesentlich höheren Neubauanteil verbunden sei. Sie vertrat die Auffassung, dass Wohl der vor Ort lebenden Bürger müsse dem

Bund das Geld für diese Kostensteigerungen Wert sein. Bezüglich der Fehmarnsundbrücke forderte sie, möglichst bald einen Variantenvorschlag vorzulegen. Zudem sprach sie sich für eine transparente Informationspolitik in Bezug auf die Zeitperspektive und die Kosten des Projektes aus.

Die **Fraktion DIE LINKE**. stellte fest, die Neutrassierung sei erforderlich, weil man bei der ursprünglichen Planung eine von vornherein nicht akzeptable Trassenführung vorgesehen habe. Sie vertrat die Auffassung, bei einer realistischen Planung wäre das Nutzen-Kosten-Verhältnis viel ungünstiger bewertet worden und das Projekt möglicherweise nicht beschlossen worden. Wenn nun auch bei der autobahnnahe Schienentrasse eine Einhausung erwogen werde, zeige dies, dass die Diskussion über die Steigerung der Kosten noch nicht abgeschlossen sei. Realisiert sei von dem Projekt noch nichts. Dies biete die Chance für eine Neubewertung und den Ausstieg aus einem unsinnigen Projekt, für das Alternativen verfügbar seien. Sonst bestehe die Gefahr, dass sich hier ein neues „Milliardengrab“ auf tue.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, die Kosten für die Hinterlandanbindung seien auf mindestens 2,2 Milliarden Euro gestiegen. In diesem Betrag seien die Kosten für eine neue Fehmarnsundquerung noch gar nicht enthalten, so dass man eine Kostensteigerung auf 3 Milliarden Euro erwarten müsse. Kosten und Nutzen stünden bei dem Projekt – auch in Anbetracht des bisherigen geringen Verkehrsaufkommens – in keinem Verhältnis. Der Bundesrechnungshof habe zu dem Projekt ebenfalls erhebliche Bedenken geäußert. Sie spreche sich unter anderem dafür aus, die Kosten transparent zu machen, sich von Wunschvorstellungen zu verabschieden und die Möglichkeiten des Artikels 22 Absatz 2 des Staatsvertrags mit Dänemark zu nutzen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/3917.

Berlin, den 7. Mai 2015

**Gero Storjohann**  
Berichterstatter